

# Landshuter Zeitung

Niederbayerisches Heimatblatt für Stadt und Land · Gegründet 1849

Nummer 100

Maifeiertag, Josef d. Arbeiter – Dienstag, 1. Mai 2018 – Nikolaus Hermann

1,50 € / B 4428 A

## LOKALES

Koenig-Retrospektive:  
Die ersten Skulpturen in  
Florenz stehen bereits **30**

## REGIONALES

Trotz Feuer: Holzkugel in  
Steinberg soll in wenigen  
Wochen eröffnen **10**

## DIE SEITE DREI

April war heuer so warm  
wie noch nie seit Beginn  
der Wetteraufzeichnungen

## WIRTSCHAFT

Verbraucherpreise sind  
im April weitgehend  
stabil geblieben **7**

## SPORT

FC Bayern vor Rückspiel in  
Champions League gegen  
Real selbstbewusst **37**

## In Syrien droht Eskalation zwischen Israel und Iran

Raketenangriffe auf iranische Stellungen – Netanjahu wirft Regime in Teheran Streben nach Atomwaffen vor

**Damaskus/Jerusalem. (dpa)** Raketenangriffe in Syrien haben die Sorge vor einem direkten militärischen Konflikt zwischen Israel und dem Iran geschürt. Bei den Angriffen am späten Sonntagabend auf Militärs in mehreren Teilen des Landes wurden der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte zufolge mindestens 26 Menschen getötet und 60 weitere verletzt. Verschiedene Staatsmedien äußerten die Vermutung, Israel stecke hinter den Angriffen und habe iranische Stellungen bombardieren wollen. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu warf dem Iran unterdessen vor, weiter den Bau einer Atom- bombe anzustreben.

Netanjahu präsentierte am Montag vor Journalisten in Tel Aviv Dokumente und Bilder aus einem „geheimen Atomarchiv“ in Teheran, die Israels Geheimdienst aufgespürt habe und die beweisen sollen, dass Iran umfangreiche Forschungen zum Bau einer Atombombe für einen möglichen künftigen Gebrauch heimlich aufbewahrt hat. Das 2015 geschlossene internationale Atomabkommen nannte der Ministerpräsident einen „schrecklichen Deal“.

Das geheime Material, das der Iran nach der Unterzeichnung des Atomabkommens versteckt habe, könne zum Bau von „fünf Hiroshima-Bomben“ dienen, sagte Netanjahu. „Der Iran hat auf der höchsten Ebene geplant, den Bau nuklearer Waffen fortzusetzen.“ Die Informationen seien von den Vereinigten Staaten verifiziert worden. „Der

Iran hat gelogen, als er sagte, er habe nie ein Atomwaffenprogramm gehabt“, sagte Netanjahu.

US-Präsident Donald Trump werde in den kommenden Tagen entscheiden, ob er den Vertrag aufkündigen will. „Ich bin mir sicher, dass er das Richtige tun wird.“ Trump sagte dazu, die Präsentation Netanjahus zeige, dass er mit seiner Meinung über den Iran zu „hundert Prozent“ Recht gehabt habe. Trump muss bis zum 12. Mai entscheiden, ob von den USA ausgesetzte Sanktionen gegen den Iran außer Kraft bleiben. Dies wird de facto auch als Entscheidung über den Verbleib der USA in dem Abkommen angesehen.

Bei den Angriffen in Syrien gab es laut den Menschenrechtlern die meisten Todesopfer im Hauptquartier der 47. Brigade westlich der Stadt Hama im Zentrum des Landes. In dem bombardierten Gebiet sind auch iranische Truppen stationiert. Die meisten der Opfer seien Iraner, hieß es von den Menschenrechtlern. Der Iran dementierte über seine Nachrichtenagentur Isna dagegen, dass auch iranische Soldaten getötet worden seien.

Das israelische Militär nahm zu den Bombardements keine Stellung. Stunden vor den Angriffen, die unter anderem auch nahe Aleppo einschlugen, hatte Israels Verteidigungsminister Avigdor Lieberman erklärt, die Streitkräfte behielten sich weitere Einsätze in Syrien vor. Israel hat immer wieder betont, es werde nicht dulden, dass sein Erzfeind Iran sich dauerhaft im Nachbarland Syrien festsetzt.



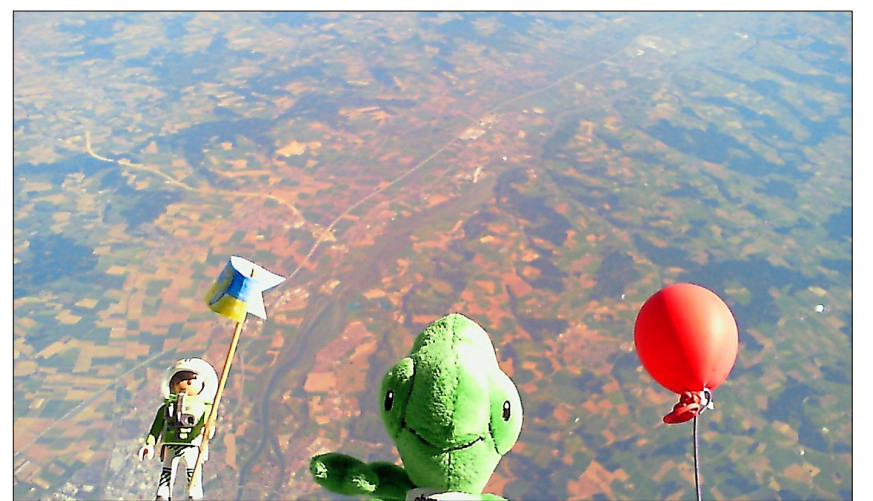
**TERRORANSCHLÄGE IN AFGHANISTAN:** Bei mehreren Anschlägen in Afghanistan sind am Montag zahlreiche Menschen getötet worden, darunter viele Journalisten. Allein in Kabul starben 25 Menschen bei einem Doppelschlag, den die Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS) für sich reklamierte. In der südafghanischen Provinz Kandahar starben mindestens elf Kinder bei einem Anschlag. ▶ Seite 4

## An der Grenze zum Weltraum

MINT-Garage lässt Stratosphärenballon 33 Kilometer in die Höhe steigen

**Buch.** Zahlreiche Zaungäste verfolgten den spektakulären Aufstieg des Stratosphärenballons der MINT-Garage in Buch. An dem Ballon war ein Shuttle mit modernster Funk, Mess- und Kamertechnik angebracht. Entwickelt und konstruiert wurden Ballon und Shuttle in der MINT-Garage. Hier werden Kinder und Jugendliche für die Naturwissenschaften begeistert, auch Bundeskanzlerin Angela Merkel war dort bereits zu Gast.

Ziel des Stratosphärenfluges war es, möglichst viele Daten und Bilder zu sammeln. Ein mit Helium gefüllter Ballon steigt dabei mehr als 30 Kilometer hoch in die Luft und platzt in einer gewissen Höhe aufgrund des geringen Luftdrucks. Auf diesem Wege lassen sich Objekte an den Rand des Weltraums bringen, die danach mit einem Fallschirm wieder zu Boden sinken. Mit zwei Maskottchen an Bord stieg auch der Ballon in Buch in die Höhe und



Der neben modernster Technik auch mit zwei Maskottchen bestückte Ballon kam mit spektakulären Bildern wieder zurück zur Erde. Foto: rs

platze plangemäß nach rund 33 Kilometern. Nachdem die Nachwuchsforscher zwischenzeitlich den Kontakt zum Ballon verloren hatten, konnte dieser letztlich aber nach

seiner Landung wieder wohlbehalten geborgen werden. Die gesammelten Daten werden bei den kommenden Treffen der MINT-Garage ausgewertet.

## WETTER

Heute



16 | 7

Morgen



20 | 11

Ausführliches Wetter ▶ Seite 10

Rätsel ▶ Seite 8

TV-Programm ▶ Seite 48

Kindernachrichten ▶ Seite 36

Internet: www.idowa.de

Anzeigenservice • 0871/8502510

2 1 1 1 8  
4 195746 601508

Vertriebsservice • 0871/8502410

## EU wartet auf Trumps Entscheidung

US-Präsident lässt Europäer im Zollkonflikt bis zur letzten Minute zappeln

**Brüssel/Washington. (dpa)** Bleibt die EU von den neuen US-Zöllen auf Stahl und Aluminium weiter ausgenommen oder nicht? Im Handelsstreit zwischen der EU und den USA sollte es erst am Montagabend (Ortszeit) Klarheit über das weitere Vorgehen Washingtons geben. Aus Regierungskreisen in Washington hieß es, es werde eine mögliche Proklamation von Präsident Trump sowie eine Ankündigung erwartet. Zuvor hatten nach Angaben aus dem Ministerium US-Handelsminister Wilbur Ross und EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström miteinander telefoniert.

In Brüssel wurde darauf verwiesen, dass die Entscheidung allein bei US-Präsident Donald Trump liege, ob eine an diesem Dienstag

auslaufende Ausnahmeregelung für EU-Unternehmen verlängert werde. Wenn dies nicht geschehe, sei die EU bereit zu reagieren, hieß es. Neben den 28 EU-Staaten sind derzeit noch sechs weitere Länder – Kanada, Mexiko, Südkorea, Brasilien, Argentinien und Australien – von den Zöllen ausgenommen. Lediglich für Südkorea wurde eine langfristige Lösung vereinbart.

In dem Streit geht es um Einfuhrzölle auf Stahl- und Aluminiumprodukte, die die US-Regierung im März erlassen hat. EU-Firmen wurden davon verschont, allerdings nur bis zum 1. Mai. Für eine unbefristete Ausnahme verlangt Washington nach Angaben aus EU-Kreisen Handelsleichterungen für US-Unternehmen oder Obergrenzen bei

den Stahlexporten. Die EU will sich aber nicht erpressen lassen. Sie hat bereits Pläne für Vergeltungszölle vorbereitet, die US-Produkte wie Whiskey und Jeans treffen könnten.

US-Wirtschaftsminister Wilbur Ross hatte am Wochenende in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Bloomberg angedeutet, dass es zu Ausnahmen kommen könne. Er machte allerdings keine Andeutungen, um welche Länder es sich dabei handeln könnte und ob die USA dafür Bedingungen stellen. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) sprach sich derweil für ein „konkretes Angebot“ an Washington aus. Man müsse weiter verhandeln, auch wenn Trump höhere Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte aus der EU beschließen.

## „Nationalpark-Suche muss weitergehen“

**Straubing. (ta/rm)** Richard Mergner, der neue Vorsitzende des Bundes Naturschutz in Bayern, hat im Interview mit unserer Zeitung das Aus für einen dritten bayerischen Nationalpark kritisiert. „Diese mutlose Entscheidung war für uns enttäuschend.“ Mit einzelnen Umweltbildungshäusern einen Nationalpark ausgleichen zu wollen, sei Augenwischerei. Die Nationalpark-Suche müsse fortgesetzt werden. Hinsichtlich des zunehmenden Flächenfraßes forderte Mergner die bessere Nutzung von Flächen: Statt Parkplätzen müssten etwa Parkgaragen entstehen. Der BN werde sich dem Volksbegehren „Betonflut eindämmen“ anschließen, wenn es vom Verfassungsgericht zugelassen wird. Für die Kampagne will der BN eine viertel Million Euro zur Verfügung stellen. ▶ Seite 9